

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 7 (1966)
Heft: 22

Artikel: Das Programm der Revolution : der "dritte Weg"
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077234>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Programm der Revolution:

Der «dritte Weg»

Von Laszlo Revesz

Lenin charakterisierte die revolutionäre Lage folgendermassen: 1. Die herrschenden Klassen sind in ihrer Regierungsfähigkeit eingeschränkt. 2. Die Krise führt zur Verschärfung der Not und des Elends der Massen. 3. Die Unzufriedenheit der Massen steigt.

Sind diese Kriterien zur Prüfung der revolutionären Lage in Ungarn 1956 geeignet?

Revolution oder Gegenrevolution?

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass die kommunistische Theorie vorsorglich die Merkmale der in ihrem Sinne echten Revolution einschränkt. Als Revolution wird nur eine Bewegung anerkannt, welche die Staatsgewalt von einer Klasse auf die andere übertragen will und dabei zum sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt beiträgt. Revolutionen werden in der kapitalistischen Welt als objektive Gesetzmässigkeit, im Sozialismus dagegen als ausgeschlossen betrachtet, da es hier keine antagonistischen Klassengegensätze gebe und Konflikte somit auf friedlichem Wege gelöst werden könnten. Im Sozialismus wird daher lediglich die Möglichkeit einer Gegenrevolution anerkannt, welche das Rad der Geschichte zurückdrehen möchte.

Unter Berufung auf diese Theorie ist denn auch der ungarische Aufstand als Konterrevolution abgetan worden. Kadar legte in seiner Erklärung vom 4. November 1956 sogar dar, er habe mit fünf andern Kommunisten zusammen eine Regierung gebildet und die Sowjettruppen zu Hilfe gerufen, «um den Sozialismus zu retten». Reaktionäre Elemente wollten die Kapitalisten und Grossgrundbesitzer wieder an die Macht bringen. Diese Versicherung entsprach demnach lediglich der theoretischen Vorstellung, wonach ein Aufstand in einem «sozialistischen» Land notwendigerweise gegenrevolutionärer Art sein müsse, wobei die Wirklichkeit nicht weiter als prüfenswert erscheint. Eine tatsächliche Antwort auf die Frage nach dem Charakter des Aufstandes muss aber von dem ausgehen, was er wirklich wollte. Zur Diskussion steht also das Programm der Revolution. Im Fragenkomplex des Aufstandes ist das eines der wichtigsten Probleme.

Zuerst kein Einheitsprogramm

Nun ist es für die Zeit der bewegten Oktobertage selbst unmöglich, von einem einheitlichen Programm zu sprechen, schon weil es damals an der Zeit fehlte, ein solches auszuarbeiten. Ein offizieller Text entstand erst nach der Niederwerfung des Freiheitskampfes, in der zweiten Novemberhälfte.

In den fünf freien Tagen des ungarischen Vol-

kes, vom 29. Oktober bis 4. November, entstanden mehrere bürgerliche Parteien, doch wollte keine von ihnen mit einem Programm hervortreten. Diese Zurückhaltung lässt sich auf zwei Hauptgründe zurückführen: 1. Man wollte die nationale Einheit des Volkes nicht durch eine Programmstellung beeinträchtigen. 2. Man suchte sich zu orientieren, bevor man ein programmatisches Engagement einging. Die gemeinsame Plattform der bürgerlichen Parteien war die Rückkehr zum Pluralismus von 1945 mit seinem Koalitionsregime und seinem Mehrparteiensystem. Gleichzeitig wollte jede Partei die Entscheidung durch freie Wahlen dem Volke überlassen, im Vertrauen darauf, dass die Kommunisten dabei eine sichere Niederlage erleiden würden.

Petőfi-Kreis: Kommunistische Demokratisierung

Anderer Art waren die Forderungen, die vom Petőfi-Kreis, dem Schriftstellerverband, und deren Anhängern ausgingen. Diese beiden Gruppierungen hatten eine wichtige Rolle zur Bildung einer prokommunistischen, aber regimefeindlichen Opposition gespielt, die ihrerseits einen auslösenden Faktor der Revolution darstellte. Im wesentlichen handelte es sich um eine Sammlung von Kommunisten und parteilosen Aktivisten, die auf beschleunigte Reformen drängten. Sie verlangten eine durchgreifende Demokratisierung des Landes und der Partei, ferner die Regelung der ungarisch-sowjetischen Beziehungen auf der Grundlage von Gleichberechtigung und nationaler Souveränität. Diese Kreise dachten nicht an einen Verzicht auf die Führung durch die Partei, sondern wollten die Partei zur Führung erst wieder tauglich machen.

Studenten: Abrechnung und nationale Unabhängigkeit

Gerade diesem Punkte aber widersetzte sich die Hochschuljugend, obwohl sie in andern Belangen vom Petőfi-Kreis beeinflusst war. Sie setzte sich von Beginn der öffentlichen Revolte an für die Schaffung eines Mehrparteiensystems ein. Zum staatlichen und gesellschaftlichen System nahm sie nicht Stellung, weil sie der Ueberzeugung war, dass darüber das neue Parlament zu befinden hätte. Die Bewegung, welche der rechte Parteiflügel einige Monate zuvor in Bewegung gebracht hatte, nahm also eine ganz andere Richtung, als er gewollt hatte, aber andererseits setzte man sich nirgends die willkürliche Aufhebung des Sozialismus zum Ziele. Vielmehr wurde von allen Seiten an das Volk appelliert, seine Entscheidung zu treffen.

Als wichtigste Forderungen der Studenten, die zu den Hauptträgern der Revolution gehörten, lassen sich anführen: Abzug aller sowjetischen Truppen in Uebereinstimmung mit dem Friedensvertrag vom 10. Februar 1947; Neubesetzung aller führenden Posten in der kommunistischen Partei auf demokratischer Grundlage; neue Regierung unter Imre Nagy; Feststellung der Verantwortung der verbrecherischen Führer aus der Rakosi-Ära; öffentliche Gerichtsverfahren gegen Personen, welche die Gesetzlichkeit verletzt hatten; allgemeine und geheime Wahlen; Mehrparteiensystem; neue Nationalversammlung; Streikrecht für Arbeiter; Ueberprüfung der für Ungarn schädlichen wirtschaftlichen Verträge mit der Sowjetunion und Neuregelung des sowjetisch-ungarischen Verhältnisses auf der Grundlage der Gleichberechtigung; Reorganisation des Wirtschaftslebens «entsprechend den Volksinteressen»; Informationen über die Uranvorkommen, ihre Ausbeutung und die sowjetischen Konzessionen; Normenrevision in der Industrie; Neuregelung des Ablieferungssystems; gleiche Behandlung für Einzel- und Kollektivbauern; Ueberprüfung der politischen und wirtschaftlichen Gerichtsverfahren durch unabhängige Gerichte; Presse-, Meinungs- und Redefreiheit; Autonomie für die Universitäten.

Aus dieser Aufzählung ist ersichtlich, dass studentischerseits von einer Restauration des Kapitalismus oder gar einer Wiedereinführung des Grossgrundbesitzes nicht die Rede war.

Das eigentliche Programm: die Minimalforderungen der Revolution

Das eigentliche Programm der Revolution wurde erst nach dem 10. November ausgearbeitet, als die Kanonen schon schwiegen. Den ersten Entwurf verfasste Professor Istvan Bibo, Staatsminister der Nagy-Regierung und einer der Exponenten der Bauern-(Petőfi-)Partei. Auf Grund seiner Vorarbeit wurde Ende November von zwei Professoren der Budapester Juristischen Fakultät (der eine ist inzwischen gestorben, der andere wurde nach dem Aufstand entlassen) ein ausführliches Programm fertiggestellt.

Das Land war zu der Zeit von den Russen besetzt. Verhaftungen und Deportationen in die Sowjetunion waren an der Tages- und noch mehr an der Nachtordnung. Unter solchen Umständen konnte das Programm wirklich nur die Minimalforderungen der Revolution darstellen. Man wollte eine Basis finden, die für Verhandlungen mit den Sowjets und der Kadar-Gruppe geeignet war und vom ganzen Volk als Minimalprogramm gutgeheissen werden konnte.

Der Text stellte einen Kompromiss mit der schwierigen Lage dar, in der sich Ungarn damals befand. Trotzdem enthielt er die grundlegenden Forderungen verschiedener politischer Gruppierungen und revolutionärer Organisationen.

Zunächst sah das Programm vor, dass die Sowjettruppen Ungarn innerhalb einer bestimmten Frist verlassen sollten, damit die Souveränität des Landes wiederhergestellt werden könne.

Sozialistisches Mehrparteiensystem

Zur künftigen Regelung des politischen Lebens war an ein Mehrparteiensystem gedacht, bei dem aber nur diejenigen politischen Parteien anerkannt würden, die auf dem Sozialismus aufge-

baut seien. Jede zugelassene politische Partei hätte also ein sozialistisches Programm aufzuweisen.

Um die Tätigkeit der Parteien und selbst die Arbeit des Parlaments vom sozialistischen Gesichtspunkt aus zu kontrollieren, wurde die Einsetzung eines Verfassungsgerichtes befürwortet, in welchem zwölf bestausgewiesene Juristen die Gesetze und Verordnungen darauf zu untersuchen hätten, ob sie den sozialistischen Ideen entsprechen. Insbesondere sollte das Gericht die Kompetenz zur Auflösung von Parteien haben, die in ihrem Programm oder in ihrer praktischen Tätigkeit die sozialistische Linie nicht einhalten würden. Zudem hätte es Gesetze und Verordnungen, die mit den sozialistischen Grundsätzen unvereinbar wären, ausser Kraft zu setzen. Das Programm sah allerdings diese Einschränkung des Parteilebens nur für eine Dauer von zehn Jahren vor. Nach Ablauf dieser Frist würden die Parteien nicht mehr an den Sozialismus gebunden sein.

Auf Grundlage des Mehrparteiensystems wurden Wahlen auf Frühjahr 1957 vorgeschlagen. In der Landesverwaltung sollte das 1950 eingeführte Rätssystem abgeschafft und die frühere Autonomie wieder etabliert werden.

Auf wirtschaftlichem Gebiet wollte das Programm vor allem das einseitige Uebergewicht der Schwerindustrie reduzieren. Ferner sei den Klein- und Kleingewerbetreibenden und kleinen Kaufleuten die Möglichkeit zu geben, ihre privaten Werkstätten oder Geschäfte wieder zu öffnen. Die Existenz der Genossenschaften müsse ebenfalls gesichert bleiben, aber nicht, wie bisher, auf Kosten des «Privatsektors».

Für die Landwirtschaft sah das Programm eine Sicherstellung von Privatinitiative und Privatbesitz vor, aber von einer Wiederherstellung des Grossgrundbesitzes ist im ganzen Text — entgegen den zum Teil bis heute erhobenen Behauptungen — überhaupt keine Rede. Vielmehr wird dort dem Kleinbauern die Entscheidung darüber zugewilligt, ob er privat oder kollektiv im «sozialistischen Sektor» arbeiten wolle. Der

Bauer sollte das Recht haben, beliebig in eine Kolchose einzutreten, aber auch aus ihr auszutreten.

Gedankenleihen aus Jugoslawien

Einige seiner Ideen übernahm das Programm vom jugoslawischen System. Insbesondere wurde an die Umwandlung der Arbeiterräte in Verwaltungsräte der Betriebe gedacht. Dabei hätten die Betriebe die Form eines Aktiengesellschafts-Eigentums angenommen, in welcher Arbeiter und Angestellte zugleich auch Aktionäre sein würden, die ihre Anteile abhängig vom Gewinn vergrössern könnten. Die Arbeiterschaft sollte den Verwaltungsrat wählen, der seinerseits Direktor und Angestellte zu ernennen hätte.

Die totale Ablehnung

Dieses Programm wurde sowohl von den bürgerlichen Parteien als auch von der Intelligenz («Revolutionsrat der Intellektuellen») und der Arbeiterschaft angenommen. Die Kadar-Regierung aber akzeptierte es nicht einmal als Verhandlungsgrundlage, denn seine Annahme hätte ihren Sturz bedeutet. Da es von allen revolutionären Organisationen und (mit Ausnahme der Kadar-Gruppe) von allen Parteien angenommen wurde, darf es als das offizielle Programm der Revolution (doch wie gesagt als ihr Minimalprogramm) angesehen werden.

Das offizielle Programm ist als Beweis dafür zu werten, dass der ungarische Aufstand eine echte Revolution war, die das frühere kommunistische, das heisst staatskapitalistische System abschaffen, die Souveränität des Landes herstellen und eine neue gesellschaftliche und staatliche Ordnung einführen wollte. Diese neue Ordnung nannte man den «dritten Weg». Parteien und Volk wollten das System des unkontrollierten wirtschaftlichen Liberalismus, das vor dem Krieg geherrscht hatte, nicht wiedereinführen. Sie warfen aber auch den Staatskapitalismus, gegen den sie sich erhoben hatten, weil er den Arbeitswillen des Menschen zerstört und die Werk-



Der «Konterrevolutionär» Imre Nagy, Ministerpräsident während der Revolution, hatte schon von 1953 bis 1955 der kommunistischen Regierung vorgestanden.

tätigen völlig dem Staat ausgeliefert, der Arbeitgeber, Richter, Gesetzgeber und Polizist zugleich ist.

Die sowjetische «Hilfe», die angeblich den Sozialismus retten wollte, richtete sich also unmittelbar gegen das Volk, denn die Revolutionäre wollten in all ihren Zielsetzungen die letzten Entscheidungen dem Volk übertragen. Dieses sollte, das war der gemeinsame Nenner ihrer Bestrebungen, selber herrschen und nicht die Macht in seinem Namen von einer Handvoll Parteileute missbrauchen lassen.



Zwei Bilder: Petersburg 1917 (links) und Budapest 1956 (rechts). Was ist nach kommunistischer Auffassung Revolution, und was ist Konterrevolution?